WP-04-166 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 166 bis 171:
~~Immer~~Wohnen ist ein Menschenrecht, das wir in die Landesverfassung aufnehmen wollen, denn Obdach- und Wohnungslosigkeit sind nicht mit Artikel 1 GG vereinbar und eine schwere Beeinträchtigung von Menschenwürde und Gesundheit. Leider sind aber immer mehr Menschen in NRW ~~sind~~ wohnungs- oder sogar obdachlos. Wir verfolgen weiterhin das gemeinsame Ziel von EU, Bund und Land, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und ~~wollen~~müssen jetzt alle Hebel auf Landesebene dafür in Gang setzen. Wir sichern das bewährte Housing-First-Konzept flächendeckend und verlängern dafür konsequent Landesinitiativen wie „Endlich ein ZUHAUSE!", um Kommunen zu unterstützen.

Begründung

(einstimmiger Beschluss des AK Soziales der Kölner Grünen vom 7.10.2026)

Wir haben die Forderung nach einem Grundrecht auf Wohnen einstimmig auf der LDK 2024 in Oberhausen beschlossen. Ein so wichtiger und einmütiger Beschluss muss sich auch im Wahlprogramm wiederspiegeln.

Dieser Änderungsantrag behebt auch ein weiteres Manko des Entwurfes: Im ganzen Solidaritätskapitel wird nicht einmal der Begriff "Menschenwürde" genannt, obwohl er nach Artikel 1 GG leitend "für alles politische Handeln" sein soll. Gerade bei Wohnungslosen treten wir die Menschenwürde systembedingt aber täglich mit Füßen. Obdachlosigkeit ist tödlich, die Lebenserwartung liegt bei Betroffenen bei gerade mal 50 Jahren.

Um zudem das EU-, Bundes- und Landesziel, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden, in die Tat umzusetzen, bleibt nun kaum noch Zeit. Deshalb "wollen" wir nun nicht nur alle Hebel in Bewegung setzen: wir müssen es!

Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Rolle der Kommunen, die ohne Landes- und Bundesunterstützung nicht die notwendige Spielräume haben.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Martin Hase (KV Essen); Alyssa Ammelung (KV Köln); Andreas Disselnkötter (KV Ennepe-Ruhr); Daniela Baum (KV Köln); Susanne Alexi-Lingscheid (KV Köln); Diana Siebert (KV Köln); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Tim Lautner (KV Münster); Bert Lahmann (KV Köln); Ilona Schäfer (KV Wuppertal); Evelyn Rose-Thalheim (KV Köln); Martina Zsack-Möllmann (KV Solingen); Andreas Franco (KV Köln); Jenny Brunner (KV Dortmund)